

Niederösterreich konkret # 1 – 2021

Sondernummer zur Gemeinderatswahl in St. Pölten – Jänner 2021

KPÖ⁺
plus
offene Liste

SOZIALE POLITIK = DIE HALBE MIETE

Christiane Maringer
Samuel Seitz (Spitzenkandidat)
Michael Winkelmüller (parteilos)
Eva Cakmak

**Damit man drinnen weiß,
was draußen fehlt!**

Team KPÖplus

am 24. Jänner 2021:

Ihre Lobby im Gemeinderat!

Samuel Seitz

Wohnen darf
nicht
arm machen
» S. 3



Michael Winkelmüller

Aktivpass
St. Pölten jetzt
– für rasche
Hilfe in sozialen
Notlagen
» S. 5



Robert Kickinger

Wir lassen uns
nicht
gegenseinander
ausspielen.
» S. 7



Wärme und Licht - es ist dein Recht

Eine kostenlose
Energie-
grundsicherung
für Haushalte
realisieren.



» S. 7



**WÄRME UND LICHT
– DEIN RECHT**
von Christiane Maringer

Was alle brauchen muss allen gehören!

St. Pölten ist eine schöne Stadt mit vielen Vorzügen. Wir sind aber davon überzeugt, dass es besser geht. Daher stellen wir unsere Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft zur Wahl.

Wir machen auf soziale wie ökologische Defizite gleichermaßen aufmerksam. Wir bringen die nötigen Ideen ein, um das gute Leben für alle die in dieser Stadt leben, möglich zu machen. Unsere Forderungen sind dabei mit machbaren Konzepten unterlegt. An Reichtum fehlt es in unserer Gesellschaft nicht – nur am Willen alle daran zu beteiligen.

Nehmen wir das Konzept der KPÖ für eine kostenlose Energiegrundsicherung für private Haushalte. Die Energieunternehmen gehören zum Überwiegenden Teil immer noch der öffentlichen Hand. Es ist also ein leichtes allen Wärme und Licht zu geben statt ein paar wenigen Aktiengewinne auszusütten. Ein Leichtes – den politischen Willen dafür vorausgesetzt!

Ein anderer Punkt: Wie schnell man unverschuldet in Not kommt zeigt diese Krise überdeutlich. Und macht sichtbar, wie schwer man an schnelle Hilfe kommt, die nicht erniedrigt, sondern als Recht gegeben wird. Auch in St. Pölten. Dagegen hilft unsere Forderung nach einem „Aktivpass für St. Pölten“.

Unsere Forderungen sind wählbar! Damit man drinnen weiß, woran es draußen fehlt – bei dieser Gemeinderats-Wahl KPÖplus!

Christiane Maringer
ist Landessprecherin der
KPÖ-Niederösterreich

Unser Wohnprogramm für St.Pölten

Für eine Stadt, die gutes und leistbares Wohnen in den Mittelpunkt stellt

Die Wohnkosten sind in Österreich in den letzten zehn Jahren fast um ein Drittel gestiegen. Auch in St. Pölten zahlt man mittlerweile bei Neumietung cirka zehn Euro pro Quadratmeter. Wohnen frisst heutzutage häufig fast die Hälfte des Haushaltseinkommens auf.

Wohnen ist ein Menschenrecht – leistbarer Wohnraum ist möglich

Zwar wird in St. Pölten mehr gebaut denn je, trotzdem sinken die Mietpreise nicht. Wie lässt sich das erklären? Ein großer Teil der Wohnungen sind Eigentumswohnungen bzw. freifinanzierte Mietwohnungen. Man überlässt die Wohnungsbranche immer mehr profitorientierten Trägern. Diese sind aber natürlich daran interessiert ihre Profite zu

steigern statt leistbaren Wohnraum zu schaffen.

Will man verlässlich garantieren dass die Mietpreise in St. Pölten wieder sinken muss man einen guten Teil des Wohnungsmarktes wieder in städtische Hand überführen. Denn Wohnungen dürfen keine Spekulationsobjekte sein und müssen raus aus dem Vorsorge-/Versicherungsmarkt. Die Stadt führt aber im Eigenbesitz aktuell nur 1.240

Unsere Forderungen

- ✖ 200 Gemeindewohnungen im Jahr für St.Pölten
- ✖ In Gemeindewohnungen muss nach Grazer Beispiel garantiert werden dass Mieter*innen nicht mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Mieten ausgeben
- ✖ Meldepflicht für leerstehende Wohnungen und eine empfindliche Leerstandsabgabe
- ✖ Kostenlose Energiegrundsicherung für private Haushalte
- ✖ Vorkaufsrecht beim Verkauf von Grundstücken und Mietshäusern durch die Stadt
- ✖ Einführung einer Flächenwidmungskategorie für geförderten Wohnbau (min. ¼ geförderter Wohnbau, max. 4,- Euro Mietpreis je m², Verbot von gewerblicher Nutzung)
- ✖ Mehr Fördermittel für Wohnungssanierungen, um Energiekosten zu sparen
- ✖ Vergabe von Genossenschaftswohnungen durch die Stadt entlang nachprüfbarer, sozialer Kriterien und Prüfung bestehender Verträge auf korrupte Vergabe
- ✖ Einführung von Mietzinsobergrenzen
- ✖ Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Miete und Betriebskosten



Überall in St. Pölten werden freie Flächen verbaut. Wichtiger Grünraum verschwindet. Trotzdem fehlt es an leistbaren Wohnungen! Aber Wohnen darf nicht arm machen, daher fordern wir vehement neuen Gemeindebau.

Wohnungen in 74 Wohnanlagen. Hier kommen auch so gut wie keine Wohnungen hinzu.

Leerstand und Verbauung beenden

St. Pölten hat viele und aktive Wohnungsgenossenschaften UND neue Wohnungen, die allerdings leer stehen! Weil sich die Wohnungssuchenden die Mieten nicht leisten können. Es fehlt an effektiver Koordination und effizienten Förderungen.

Gleichzeitig wird die Stadt weiter verbaut und so wichtiger Erholungsraum für Menschen genauso wie ökologische Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen zerstört. Dabei kann mit einer verpflichtenden Leerstandsmeldung und einer empfindlichen Leerstandsabgabe dem unkontrollierten Bau-Boom gut entgegen gewirkt werden.

Koordination fehlt auch, um soziale Brennpunkten zu entschärfen indem

einer Ghettobildung entgegen gewirkt wird.

Unkomplizierter Kautionsfond jetzt!

Wir fordern die Einführung eines **Kautionsfonds** in St.Pölten. Oft fehlt, es um eigenen Wohnraum zu begründen, einfach an den nötigen drei Monatsmieten für die Kaution. Wenn diese Ausgabe als kostenloses Darlehen gegeben würde, reicht das für Manche, einen eigenen Lebensraum zu finden.

Er soll lediglich an eine Einkommensgrenze gebunden sein und in wenigen Jahren **zinsfrei** rückzahlbar sein.

Es gibt zwar ein „Kautionsdarlehen NÖ“. Mal abgesehen davon, dass das kaum jemand weiß, ist es halt so angelegt, wie alles an sozialer Stütze in NÖ: erniedrigend und die Menschen zu selbst schuldigen, unfähigen Almosenempfänger stempelnd.

**WOHNEN DARF
NICHT ARM MACHEN**
von Samuel Seitz



Leistbarer Wohnraum durch Gemeindebau

Dass die Mietpreise in St.Pölten explodieren ist wohl jedem bewusst, aber wie kann so etwas passieren wo doch ständig neue Wohnungen gebaut werden? Und die wichtigste Frage ist wohl: „Was kann die Gemeinde dagegen tun?“

Die erste Frage ist einfach zu beantworten. Die Unterschiede zwischen alten Mietverträgen und neuen sind enorm. Wer heute einen Vertrag über eine gleichwertige Wohnung abschließt zahlt gerne mal das Doppelte als wenn man den Vertrag vor 30 Jahren abgeschlossen hätte.

Wieso waren damals dann die Mieten so viel billiger? Einer der großen Gründe liegt darin, dass in dieser Zeit die Gemeinden noch im großen Stil eigene Wohnungen gebaut haben. Dass man damit aufgehört hat ist ein riesiger Fehler gewesen, aber es ist ein Fehler den man revidieren kann. In Wien hat man das eingesehen und beginnt wieder mit dem Gemeindebau.

Wenn man wieder leistbare Mieten in St.Pölten haben will braucht es wieder Gemeindebauten – den Bau von Wohnungen durch die Stadt – und keine „frei finanzierten“ Wohnungen.

Samuel Seitz,
geboren 1996, ist Student und unser Spitzenkandidat für die Gemeinderatswahl.



Die Stadt, in der wir leben wollen, ...

... macht sich stark für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Damit von Künstler*innen bis Alleinerziehende auch in Krisenzeiten niemand in Existenznot gerät.

... baut das kommunale soziale Netz umfassend aus.

... sorgt für leistbaren Wohnraum auch für einkommensschwache Menschen, Familien. Nimmt also städtischen sozialen Wohnbau wieder auf. Die Pandemie zeigt, wie wichtig ein sicherer Rückzug in eigene vier Wände ist, die groß genug sind, vielfältige Bedürfnisse aufzufangen.

... lässt keine Energieabschaltungen für private Haushalte zu. Vor allem nicht in der kalten, dunklen Jahreszeit. Sie stellt allen Bürger*Innen Licht und Wärme kostenlos zur Verfügung (Energiegrundsicherung für Haushalte).

... fördert Kultur durch mittelfristige statt projektbezogene Geldmittel. Nur damit kann der Prekarisierung von Kulturarbeitenden wirksam verhindert werden. Unsere Stadt forciert Kultur, die Widersprüche der Gesellschaft und der Zeit in der wir leben anspricht.

... stellt ausreichend Wohnraum für Obdachlose und von solcher bedrohte Menschen zur Verfügung.

... gibt dem öffentlichen Verkehr aktiv Vorrang. Sie stützt Öffis durch Ausbau und Verdichtung des Angebots und ermöglicht deren kostenlose Nutzung. Sie unternimmt alles, damit das Umland auch ohne Auto erreichbar ist. Auch in der Freizeit, am Abend und am Wochenende.

... gibt Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, Menschen und Kindern, die sich im Freien aufhalten den Vorrang im öffentlichen Raum zurück.

... stoppt die unkontrollierte Verbauung der Stadt. Sie erhält ökologischen Nischen und unbebaute Flächen der Stadt. Das sind wichtige Rückzugs- und Erholungsräume für Menschen und Tiere.

... denkt Arbeits- und Lebensräume neu und zusammen. Der Nahversorger mit Lebensmitteln ums Eck ist genauso wichtig wie der Kindergarten und die Schule im Grätzl.

... nimmt demokratische Ansprüche ernst. Bürgermitbestimmung braucht Raum und Ressourcen. Sie bezieht alle in der Stadt lebenden ein und nimmt Ergebnisse aus den Beteiligungsprozessen ernst.

... arbeitet mit den Expert*innen des Lebens zusammen: Menschen finden sich in den unterschiedlichsten Initiati-



Die Stadt, in der wir leben wollen, lässt keinen großen, intakten Wohnbau leer stehen, wenn es in ihr gleichzeitig obdachlose Menschen und in Europa gestrandete Flüchtlinge gibt, denen es am nötigsten fehlt um halbwegs menschenwürdig zu leben.



ven zusammen um eine Verbesserung ihrer Lebenswelt zu erwirken. Die Menschen in vielfältigen geschäfts- und kulturpolitischen Initiativen haben enormes Expert*innen-Wissen das die Stadt nutzen will und diese daher themenbezogen aktiv zur Mitarbeit einlädt.

... gibt allen die in ihr leben auch alle Rechte. Das bedingt ein kommunales Wahlrecht für alle die hier wohnen unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

... gibt Frauen Raum. Das beginnt beim eigenen Stadtbudget (Stichwort Gender Budgeting) und der Zahlung gleicher Löhne im eigenen Wirkungsbereich und reicht bis zur verpflichtenden Quotierung von Aufsichtsräten und Ausschüssen bei Wirtschaftsförderungen.

... baut Frauenprojekte aus und sichert bestehende langfristig ab.

... fördert Lebensformen, die „kümmerintensive“ Lebensphasen neu organisieren. Sie anerkennt den Wert sozialer und pflegender Arbeit durch entsprechende Löhne und Arbeitszeitmodelle.

... gibt Verhütungsmittel in den Gesundheitseinrichtungen der Stadt kostenlos ab.

... baut Frauenhäuser aus und sichert niederschweligen Zugang zu Hilfseinrichtungen. Zufluchtsorte für Frauen, Kinder und Jugendliche sind gut erreichbar. Genauso wie alle anderen sozialen und (psycho)therapeutische Stützen.

... tritt der Hetze aktiv entgegen indem sie Solidarität übt. Auch in St. Pölten ist Platz um Menschen aus überfüllten Flüchtlingslagern und unmenschlichen Zuständen zu retten und sofort aufzunehmen. Auch in unserer Stadt gibt es Menschen, die sich gerne um die Aufnahme und Betreuung dieser annehmen würden.

» weiter auf Seite 6

ES IST GENUG FÜR ALLE DA

Rasche, unbürokratische Hilfe jetzt möglich machen

KPÖplus fordert einen Aktivpass für St.Pölten

Soziale Unterstützung hilft erst, wenn sie unmittelbar in der Situation, also rasch und unbürokratisch erfolgt.

Aktuell erleben wir schmerzlich, wie sozial verletzlich unsere Gesellschaft ist. Die Ausgangsbeschränkungen haben den Arbeitsmarkt – zusätzlich zu den Spielregeln des herrschenden Systems – belastet. Hunderttausenden Arbeitslosen mehr und prekär Beschäftigten, Alleinerziehenden, ... drohen empfindliche Einschnitte.

In dieser Situation ist es umso wichtiger, Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zum gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen: Durch die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, freie oder ermäßigte Eintritte in Bädern, Museen, Galerien, Theater und sonstigen Einrichtungen, die kostenfreie Nutzung der Stadtbibliothek, kostenfreie Teilnahme an Nachmittagsbetreuungen oder Lernhilfeeinrichtungen ... Ermäßigungen bei Kooperationspartner*innen des Aktivpasses ...

Den Aktivpass sollen alle erhalten, die ihren Hauptwohnsitz in St. Pölten haben, 18 Jahre alt sind und ein Netto-Einkommen bis zu 1.294,- (Stand 2021) haben.

Wer soll den Aktivpass erhalten:

Alle Menschen, die einen Hauptwohnsitz in St. Pölten haben, das 18. Lebensjahr vollendet haben und ein monatliches Netto-Einkommen von bis zu 1.294,- Euro (Richtsatz 2021). Zusätzlich SchülerInnen/Jugendliche unter 18 Jahren, die keinen Anspruch auf Ermäßigung für die Öffis in St. Pölten haben.

Er ist nicht gebunden an das Haushaltseinkommen.

Das soll der Aktivpass beinhalten:

- ✖ Gratis Monatskarte LUP-St.Pölten
- ✖ Gratis Nutzung des Anrufsammeltaxis
- ✖ Kostenfreie Ausleihe in der Stadtbücherei St. Pölten
- ✖ Gratis Nutzung von Museen, Kulturinstitutionen, sozialen Einrichtungen und Sport- und Freizeiteinrichtungen der Stadt St. Pölten
- ✖ Vergünstigungen bei sozialen, kulturellen, sonstigen (Einkaufen, Essen, ...) Kooperationspartner*innen des Aktivpasses

**AKTIVPASS
ERKÄMPFEN**
von Michael
Winkelmüller



Für rasche Hilfe – davon haben alle was

Wenn man über ein geringes Einkommen verfügt, sei es durch ein prekäres Arbeitsverhältnis, als Alleinerziehende*, oder gar Arbeitslos ist, so muss jeder Euro zwei mal gewendet werden um sich das Notwendigste leisten zu können. Etwa um in der Wohnung, in der kalten Jahreszeit nicht zu frieren oder das Essen zahlen zu können. Von einer Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten Abseits dieses Notwendigsten, kann nicht mehr die Rede sein.

Aber Entlastungen und somit soziale Partizipation sind realisierbar. Ein Aktivpass kann ein zentraler Baustein der Sozialpolitik in St. Pölten sein, Hilfe auf Augenhöhe geben und gleichzeitig den aktuell recht unübersichtlichen Antragsdschungel ersetzen. Zusätzlich hilft eine personenbezogene Unterstützung, wie das Linzer Beispiel zeigt, vor allem Frauen, die oft zu den Schwächeren in unserer Gesellschaft zählen.

Gratis Nutzung im Bereich des städtischen Nahverkehrs, eine Vergünstigung bei Eintrittspreisen städtischer Sportanlagen, niedrigere Kursgebühren bei Bildungsangeboten, subventionierte Karten für ausgewählte Museen und Theatervorführungen, ... können den einen oder anderen Euro sparen helfen, soziale Teilhabe ermöglichen und zusätzlich das Leben in der Stadt ankurbeln.

Und davon haben dann alle etwas.

Robert Kicking,
geboren 1985, ist erwerbsarbeitsloser
Chemielabortechniker.

Unser St. Pölten ist lebenswert. Diese Stadt kann es aber besser und für alle, die hier leben!

KPÖplus tritt bei der Gemeinderats-Wahl in St. Pölten an. Damit im Gemeinderat sichtbar wird, was sich draußen abspielt, woran es den Menschen fehlt. Wir laden Sie ein sich zu beteiligen. Melden Sie sich bei uns: noe@kpoe.at – 0676/6969005

... lässt niemanden zurück.

Die Stadt, in der wir leben wollen, ...

» ... zahlt in den eigenen Sozialeinrichtungen Löhne und schafft Arbeitszeiten, die diese anspruchsvolle, schwere Arbeit anerkennen – ganz praktisch jenseits aller Sonntagsreden.

... startet eine Ausbildungs-offensive für Pflegeberufe

mit finanzieller Unterstützung für ausbildende Vereine und Organisationen.

... nimmt den Umweltschutz ernst und tritt der Klimakrise entschieden entgegen. Das beginnt bei entsprechend CO₂-neutralen und nachhaltigen Bauvorschriften

ten und einem passenden Verkehrskonzept und geht bis zur Begrünung bestehender Wohngebiete, Häuser und Straßen.

... fördert ökologisch wirtschaftende Bäuerinnen und Bauern und innovative Ideen in der Landwirtschaft. Ernährungssicherheit und Klimaschutz können hier Hand in Hand gehen. Umweltschutz, Wasserschutz, artgerechter Umgang mit Tieren, ... sind Voraussetzung für einen sicheren Weg in die Zukunft.

Blitzlichter aus der Coronastation im Krankenhaus. Von Andreas Reitbauer

Gesundheit, unser höchstes Gut?

Alle bekommen eine Windelhose. Sie können selbst noch aufs WC, brauchen nur etwas Unterstützung dabei? Dafür ist keine Zeit, daher die Windelhose.

Die Patient*innen haben Angst, wissen nicht was passiert – mit ihnen und überhaupt?

Alle Mitarbeiter*innen, die die Station betreten, sind in zweifache Schutzrüstung gehüllt, haben zwölf Stunden durchgehend Dienst mit einer 20-minütigen Pause zum Essen, Trinken, etc.

Das Personal wird, da ja Not am Mann und an der Frau ist, kurzfristig aus allen anderen Abteilungen rekrutiert und Dienst zugeteilt. Eine ausreichende Einschulung in diese Arbeit auf einer Coronastation wäre aber doch eine Selbstverständlichkeit, oder?

Ein Monitor pro Station für alle PatientInnen muss reichen.

Da gibt's Probleme:

- ✘ Ein älterer Herr erstickt fast an seinem Wurstbrot, er hat eine Schluckstörung. Keine Zeit für adäquate Information über die Menschen, die eingeliefert werden.
- ✘ Nierenversagen bei einer Patientin, ein Katheter muss gesetzt werden. Stress, weil die Schwester das schon lange nicht gemacht hat – sie ist seit 30 Jahren Kinderkrankenschwester.
- ✘ Ausreichende Einschulung auf der Station? Dafür ist jetzt leider keine Zeit.



Für all jene, die den Gesundheitsbetrieb, die Grundversorgung, die Post, ... am Laufen halten, ist Applaus zu wenig! Sie brauchen auch finanzielle Anerkennung!

Zumutbare Arbeitsbedingungen für Ärzt*innen und Pflegepersonal? Dafür ist jetzt leider keine Zeit.

Moment mal, im Frühjahr wurde ja bereits von der zweiten Welle geredet. Da wäre doch Zeit gewesen, für eine optimale Vorbereitung, Zeit genug für Einschulung, für gutes Personalmanagement und entsprechende Vorsorge für Räumlichkeiten samt Ausstattung.

Seien wir doch nicht so streng. Vom Bundespräsidenten abwärts überschlagen sich eh alle staatstragenden Politiker*innen mit anerkennenden Worten

und Durchhalteparolen für alle Menschen, die jetzt im Gesundheitssystem arbeiten und trotz des Chaos und Missmanagements den Karren aus dem Dreck ziehen und einstweilen gemeinsam mit den Patient*innen die Zeche dafür zahlen.

Doch wir sind so streng! Und fordern, dass die Millionen, die der AUA zur Unterstützung nachgeworfen werden dem Gesundheitspersonal und anderen „Systemerhalter*innen“ ausbezahlt werden. Dafür darf dann gerne die AUA freudig beklatscht werden.

Die Energiegrundsicherung ein konkretes Beispiel sozialer Sicherheit

Wärme und Licht – es ist dein Recht

Gerade im Winter sind Heizung und Licht ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Viele können sich das nicht oder nicht in ausreichender Form leisten. Während die Einkommen stagnieren, explodieren die Lebenshaltungskosten. Ohne ein Minimum an Heizung ist es schwer gesund zu bleiben – ohne Licht oder den Strom für Computer & CO ist das Lernen unmöglich. Auch wenn der Energieanbieter in der Coronakrise die Rechnungen stundet, irgendwann werden diese nach derzeitiger Logik fällig. Woher dann das doppelte Geld – für die alte und die neue Rechnung – nehmen?

Die Energiegrundsicherung ist sinnvoll und finanzierbar

Die KPÖ fordert daher dringender denn je eine kostenlose Energiegrundsicherung für private Haushalte. Die liberalisierten Energieunternehmen fahren noch immer satte Gewinne ein, gleichzeitig steigen die Kosten für Strom und Gas ungebremst. Wir verlangen dagegen die Teilhabe an den vorhandenen Ressourcen um Existenzsicherheit zu schaffen.

Gleichzeitig ist unser Konzept ein ökologisches Projekt. Existenzsicherheit kann nur über erneuerbare Energieformen gesichert werden. Unser Konzept verlangt nach Quellen, die nicht „erbeutet“ oder „abgebaut“ werden. Die Sonne, der Wind gehört aber allen!

ÖsterREICH kann ein sozial gesichertes Leben für alle finanzieren – den politischen Willen dazu vorausgesetzt. Die Energieunternehmen sind noch immer mehrheitlich in öffentlicher Hand – es ist also nur der politische Wille der Regierenden notwendig, das für Heizung und Licht erforderliche Maß an Energie den Haushalten kostenlos abzugeben.

Energiegrundsicherung konkret

Jeder Haushalt soll einen kostenlosen Grundbezug an Energie erhalten. Mit einer Basis von etwa 2.900 kWh Strom



plus zehn Prozent für jede weitere Person im Haushalt und dem Äquivalent fürs Heizen können die grundlegenden Wohn- und Lebensbedürfnisse gedeckt werden: Geräte wie Kühlschrank, E- oder Gasherd, Waschmaschine, Fernseher, Beleuchtungskörper & Computer sowie die Heizung.

Dieses kostenlose Kontingent ist allen in der Stadt lebenden Menschen als Rechtsanspruch zur Verfügung zu stellen und darf an keine Kontrollen oder bürokratischen Hürden, wie dies z.B. bei den Heizkostenzuschüssen der Länder der Fall ist, geknüpft werden.

Im Sinne der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit sollte aber der über die Grundsicherung hinausgehende Energieverbrauch vom Preis her progressiv gestaltet werden. Derzeit ist die Situation umgekehrt: Haushalte mit geringem Energieverbrauch werden mit hohen Mindestbeiträgen belastet, Großverbraucher werden belohnt.

Die Finanzierung

- ✘ Die Gemeinde tritt als Großabnehmer auf – damit gelten für private Kunden gleiche Energiepreise wie für Gewerbliche.
- ✘ Über die teilweise Abschöpfung der Profite der Energieunternehmen.

**SOLIDARITÄT
HILFT ALLEN**
von Robert Kicking



Wir sind Deine Lobby – mit vollem Elan solidarisch!

Seit einem dreiviertel Jahr verfolgt uns jetzt das Coronavirus. Während der Tourismus und die Gastronomie in eine schwere Krise stürzten, erlebt der Lebensmittelhandel einen ungeahnten Höhenflug. Die Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter wurde durch Mehrarbeit und durch die Maskenpflicht immer größer. Erst nach den Feiertagen wird es zu einer Entlastung kommen. Nur wie kann eine längerfristige Verbesserung für die Mitarbeiter*innen aussehen? Eigentlich ist das einfach: Keine Ausweitung der Öffnungszeiten, keine Öffnung an Sonn- und Feiertagen, bezahlte Pausen, mehr Mitarbeiter*innen statt zusätzliche Überstunden. Es ist wichtig, die Arbeitsbedingungen erträglich zu machen um Mitarbeiter*innen (wieder) langfristig zu binden.

Das Geld dafür ist da. Kriegen halt die Aktionäre um ein bisschen weniger – am Ende dieser Krise.

Das hilft auch den tausenden, die jetzt keinen Arbeitsplatz haben.

Was uns vor allem fehlt ist die Solidarität untereinander. Jeder neidet's dem andern sofort, wenn es ihm durch Hilfsmaßnahmen ein bisschen besser geht. So können die Regierungen die Arbeitslosen und die, die noch einen Job haben gleichermaßen schlecht behandeln und uns gegeneinander ausspielen.

Nicht mit uns!

Robert Kicking,
geboren 1971, arbeitet im Lager eines Lebensmittelhändlers.



Politische Arbeit kostet Geld.

Wir nehmen kein Geld von Lobbyisten oder Spekulanten – aber gerne deine Spende:
AT09 2025 6000 0094 9974 – KPÖ-NÖ



Gemeinden droht der Kollaps

Während Türkis-Grün das Kaufhaus Österreich eröffnet, stehen Gemeinden und Städte vor dem Finanzkollaps.

Für die Jahre 2020 und 2021 fehlen (ohne Wien) rund 2,5 Mrd. Euro. Massive Kürzungen bei der grundlegenden Daseinsvorsorge stehen im Raum.

Eine Bedrohung für hunderttausende Menschen, die in Zeiten der Corona-Pandemie besonders alarmierend ist. Geht es hier doch um systemrelevante Leistungen wie Ver- und Entsorgung, Kinderbetreuung, Schulen oder etwa die Unterstützung durch Wohnkostenzuschüsse!

Dagegen hilft nur ein parteienübergreifender Schulterschuß der Gemeinden gegenüber der Bundesregierung.

Impressum: Medieninhaber, für den Inhalt verantwortlich:

KPÖ-Niederösterreich, Christiane Maringer,

3001, Andreas Hoferstr. 4, noe@kpoe.at

Grafik: typothese.at



Sobald wir wieder dürfen ;-)
starten wir wieder mit unseren
regelmäßigen Veranstaltungen.
Wir informieren Sie rechtzeitig.

Gerne nehmen wir Ihre E-Mailadresse in unseren unregelmäßig
erscheinenden Newsletter auf:

E-Mail:

Sie möchten unser Zeitung „Niederösterreich konkret“
kostenlos per Post erhalten:

Name

Adresse

Per Post an:

KPÖ-NÖ / KPÖplus - offene Liste

Andreas Hofer-Str. 4

3100 St. Pölten

Per E-Mail an: noe@kpoe.at

Es pressiert?! rufen Sie uns an: 0676/69 69 005

**Niederösterreich konkret wünscht
allen Leser*innen ein zufriedenes
neues Jahr und uns allen viele neue
zukunftsweisende Projekte**



www.noe.kpoe.at